

**Christian Baldauf, MdL**  
**Vorsitzender der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1**  
**19. Plenarsitzung, Mittwoch, 30. März 2022**

**Rede zum Landeshaushaltsgesetz 2022 (LHG 2022)**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

30.03.2022

Anrede,

als wir die Überlegungen für den neuen Haushalt erstmals im Dezember hier im Plenum diskutierten, ahnte niemand von uns, in welche Tage der Zeitenwende, in welche Zäsur, wir geraten würden.

Schon in den beiden vergangenen Jahren mit Corona fragten wir immer wieder: Wie lange noch? Wann geht das Ganze endlich vorbei, wird alles wieder normaler? Heute sind wir weit davon entfernt. Aus der Ausnahmesituation während der Pandemie – ist jetzt eine extreme Ausnahmesituation für Europa, ja für die Welt, geworden. Nur zwei Flugstunden von uns entfernt tobt ein furchtbarer Krieg – wir haben eben im Plenum dafür Worte gefunden. Auch wenn wir manches unterschiedlich sehen: In einer solchen Stunde stehen Demokratinnen und Demokraten zusammen!

Der CDU-Fraktion war es wichtig, den Kontakt zu den demokratischen Parteien im Landtag herzustellen und gemeinsam mehr Geld für Flüchtlinge aus der Ukraine auf den Weg zu bringen. Diese Einigkeit ist ein wichtiges Zeichen. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit dem 24. Februar ist unsere Welt nicht mehr dieselbe. Der Frieden liegt noch in weiter Ferne. Auch die Pandemie ist nicht weg – so sehr wir uns das wünschen und Schutzmaßnahmen. Es gilt auch weiterhin, achtsam und rücksichtsvoll zu bleiben.

Anrede,

Krieg, Corona, Klimakrise, Artensterben, Jobängste, Inflation. All das hinterlässt tiefe Spuren in unserer Gesellschaft, bei unseren Kindern – die in einer Zeit der Dauerkrisen aufwachsen. Gerade in kritischen Zeiten ist deshalb Schule wichtig als Raum, der Kinder und Jugendliche auffängt, aber auch Chancen, von Anfang an und mehr denn je, sichern muss.

Anrede,

wie noch nie sehnen sich die Menschen nach einem sicheren Alltag, einer sicheren Zukunft.

Umso wichtiger ist es, dass der Staat, unser Land, sich jetzt auf seine Kernaufgaben konzentriert:

- Für Sicherheit sorgen,
- Schwache schützen,
- frühe Chancen für alle Kinder garantieren,

- Innovationen fördern,
- in eine moderne Infrastruktur investieren
- eine gelingende Integration gewährleisten

Die CDU-Fraktion möchte mit ihren Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung diese Herausforderungen in Zeiten der Krise abbilden. Elementar für uns ist ein besserer Bevölkerungsschutz. Hier gehen uns die Ansätze der Landesregierung nicht weit genug. Rheinland-Pfalz ist unzureichend auf Krisen und Katastrophen vorbereitet. Das dürfen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht länger zumuten!

Anrede,

bei diesen Sätzen kommen schmerzhafteste Erinnerungen hoch. An Stunden in diesem Jahr, in denen Menschen eben nicht ausreichend sicher und geschützt waren.

Die Flutkatastrophe, die am 14./15. Juli unser Bundesland heimsuchte – an der Ahr, in der Eifel, an der Mosel, an der Kyll brachte furchtbares Leid über viele Familien. Die Folgen werden noch sehr lange spürbar und sichtbar bleiben. Wir sind den Menschen vor Ort Antworten schuldig. Antworten,

- wer an dieser Katastrophe Mitverantwortung trägt.
- warum Warnungen nicht früh genug versendet wurden
- warum Meldekettens nicht funktionierten und Informationspflichten nicht ausreichend nachgekommen wurde.

Diesen Fragen geht der Untersuchungsausschuss nach und ein erstes Fazit ergibt schwerwiegende Versäumnisse. Die Kommunikation hat versagt. Von Kreis- bis Landesebene, zur Ministerienebene hoch. Stattdessen – ein unglaubliches Hin-, Her- und Wegeschieben von Verantwortung. Wenn der Kapitän das Ruder anderen übergibt, dann begeht er „Verantwortungsflucht! Das gilt ebenso für einen Landrat, wie für Minister des Landes Rheinland-Pfalz wie für Staatssekretäre!

Anrede,

statt für Flutwarnungen interessierte sich Ministerin Anne Spiegel lieber fürs Gendern, sie verließ in der Flutnacht die Kommandobrücke und polierte stattdessen ihr Image. Wer sich in einer existenziellen Krise, am Morgen nach einer verheerenden Flutnacht mehr um das eigene Erscheinungsbild, um Wording und Blamegame kümmert – als um ein Lagebild, um die Leute vor Ort –

der ist schlichtweg fehl am Platz. Der hat nicht den richtigen Horizont, der ist überfordert. Der sollte wenigstens den Anstand haben, politisch Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten!

Anrede,

die heutige Bundesministerin Anne Spiegel und der immer noch im Amt befindliche Staatssekretär Dr. Erwin Manz haben enorme politische Verantwortung auf sich geladen.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, ich fordere Sie erneut auf, Dr. Erwin Manz aus seinem Amt abzulösen. Das Abstreiten offensichtlicher Fehler ist es, was die Politikverdrossenheit bei den Menschen – gerade bei denen, die alles in den Fluten verloren haben – weiter steigen lässt. Ziehen Sie, Frau Ministerpräsidentin, im Sinne der Betroffenen die richtigen Konsequenzen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Flutkatastrophe hat gezeigt, wie wichtig der Brand- und Katastrophenschutz ist – und wie ernst wir ihn nehmen sollten!

Nicht nur dort, tagtäglich leisten viele haupt- und ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger eine herausragende Arbeit für unser Allgemeinwohl. Ihnen gebührt unser Dank:

- den Männern und Frauen in den zahlreichen Feuerwehren, der Polizei und der Bundeswehr,
- beim Technischen Hilfswerk,
- oder den Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz, dem ASB, DLRG, DRK, den Johannitern oder Maltesern.

Sie alle verdienen Wertschätzung, Respekt, bestmögliche Ausstattung. Moderne Fahrzeuge und Materialien sind Grundvoraussetzung dafür, dass sie ihre Einsätze erfolgreich bewältigen können. Zu ihrem persönlichen Schutz, aber auch dem unsrigen!

Wir begrüßen, dass Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung, unseren Vorschlag aus den vergangenen Haushaltsberatungen aufgegriffen haben und die Schulungskapazitäten an der Brand- und Katastrophenschutzakademie des Landes ausbauen. Ob weitere Maßnahmen und Anstrengungen notwendig sind, um den erheblichen Ausbildungstau – verursacht durch zu wenige Schulungskräfte, aber auch durch die Pandemie – abzubauen, werden wir kritisch begleiten.

Anrede,

die Konzepte des Katastrophenschutzes in unserem Bundesland sind veraltet. Sie müssen dringend überarbeitet und neu ausgerichtet werden. Sicherer Bevölkerungsschutz darf nicht von der jeweiligen Kassenlage der Kommunen abhängig sein! Wer den Brand- und Katastrophenschutz auf die kommunale Ebene delegiert, hat dafür Sorge zu tragen, dass die Standards überall im Land auf einem gleich hohen Niveau sichergestellt sind.

Deshalb fordern wir heute einmal mehr: Tragen Sie als Land endlich dafür Sorge, den erheblichen Investitionstau im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes schnellstmöglich zu verringern! Feuerwehren und Katastrophenschutz-Teams brauchen moderne Schutzausrüstungen, technische Einsatzmittel genauso wie stets aktuelle Funktechnik.

Bei der schnellen Rettung von Menschen bei Hochwasserereignissen zählt jede Minute. Die Einsatzkräfte müssen zeitnah und ohne große Hindernisse zum Einsatzort kommen, um Betroffenen zu helfen. Wat- und allradfähige Fahrzeuge sind hierfür unerlässlich, damit im Krisen- und Katastrophenfall an vielen Orten in Rheinland-Pfalz schnell gehandelt werden kann. Deshalb wollen wir, dass das Land 19 Fahrzeuge über die Leitstellenbereiche flächendeckend stationiert.

Es ist unerlässlich, dass Menschen verlässlich vor Gefahren gewarnt werden. Hochleistungssirenen sind dafür entscheidend. Denn wir können uns im Krisenfall nicht allein nur auf Warn-Apps und Internetseiten verlassen. In jedes Dorf gehört eine Sirene! In Rheinland-Pfalz sind laut Angaben des Innenministeriums für die Sirenenausstattung rund 67,5 Millionen Euro notwendig.

67,5 Millionen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Das ist viel Geld, aber möglich wäre eine Drittel-Lösung – aufgeteilt auf Landkreise und Städte, Gemeinden und Land. Da ist das Programm in Höhe von nur 4 Mio. Euro, das Sie auflegen wollen, nur eine Farce. Sie müssen in die Verantwortung und selbst ein Drittel zahlen!

Anrede,

die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf: Stellen Sie 22,5 Millionen Euro bereit! Das sollte Ihnen der Schutz der Menschen in unserem Land wert sein!

Wir wollen mit einem Förderprogramm unsere Kommunen unterstützen, moderne Führungs- und Lageräume zu schaffen. Wir schlagen vor, den Landkreisen und kreisfreien Städten für die Entwicklung solcher Katastrophenschutzzentren 7.2 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Neben der Ausstattung brauchen unsere Retter bei den Feuerwehren und Hilfsorganisationen bessere Arbeitsbedingungen.

Wir müssen auch gezielte Programm für die Nachwuchsgewinnung auf den Weg bringen. Jedes Kind und jeder Bürger unseres Landes sollte die wichtigsten Sirensignale kennen. Das war früher selbstverständlich, das wurde im Kindergarten und in der Schule eingeübt. Die Bevölkerung muss umfassend in allen Fragen der Krisenvorsorge informiert sein.

Zukunftsgewandte Politik

Der Flüchtlingsstrom aus der Ukraine stellt unsere Schulen und Kitas vor enorme Herausforderungen. Viele der Kinder, die zu uns kommen, sind traumatisiert. Sie brauchen Betreuungsangebote, etwa durch den schulpsychologischen Dienst. Deshalb wollen wir Ergänzungsangebote an den Schulunterricht angliedern, durch ehrenamtliche Helfer und Hilfskräfte, zum Beispiel Lehramtsstudenten und pensionierte Lehrer. Wir brauchen unbedingt die Unterstützung von geflüchteten ukrainischen Lehrkräften, sie können mit ihren Sprachkenntnissen helfen.

Anrede,

bei der Frage, wie Kinder aus der Ukraine bei uns in die Schule gehen, gibt es zwei Möglichkeiten: Zum einen Unterricht in eigenen Klassenverbänden und zum anderen - da, wo es sinnvoll ist – Unterricht in den bisherigen Normalklassen.

So macht dies Nordrhein-Westfalen. Dort hängt es von der Größe der Schulen, von Räumlichkeiten, zusätzlichen Lehrkräften und Sprachkenntnissen von Lehrkräften vor Ort ab, welche der beiden Möglichkeiten gewählt wird. Dieses Angebot sollten wir auch in Rheinland-Pfalz schaffen, um bestmöglich für die Kinder aus der Ukraine zu sorgen.

Anrede,

Kinder und Jugendliche lernen am besten in einem Umfeld, in dem sie sich wohlfühlen, in dem sie Wertschätzung erfahren. Der Bezug zu ihrer Lerngruppe ist enorm wichtig, das haben wir in der Zeit des Home-Schoolings durch Corona in den vergangenen beiden Pandemie-Jahren besonders deutlich gesehen.

Unterricht muss aber auch verlässlich stattfinden. Deshalb fordern wir als CDU-Landtagsfraktion eine Unterrichtsversorgung von 105 Prozent. Dafür schlagen wir 800 zusätzliche Stellen ab dem 1. August vor. Das ist ein erster wichtiger Schritt, um die bestehende, große Lücke in der Unterrichtsversorgung zu schließen und den Bedürfnissen der einzelnen Kinder gerecht zu werden. Die CDU-Fraktion fordert deshalb: 30 Millionen mehr - für 800 neue Lehrer!

Anrede,

gute deutsche Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für einen erfolgreichen Schuleinstieg. Deshalb brauchen wir dringend den Ausbau der sprachlichen Frühförderung in den Kindertagesstätten.

Auswertungen zur Sprachförderung zeigen, wie groß der Bedarf dafür ist: Rund 30.000 Kinder an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz brauchen zusätzliche Sprachkurse - brauchen Förderung. Viele Kinder, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, haben offensichtlich erhebliche sprachliche Defizite, schon bei der Einschulung. Wir sollten uns nicht damit abfinden, dass Schule das reparieren muss, was vorher versäumt wurde!

Für den Schulerfolg ist es zwingend notwendig, dass Schulanfänger über möglichst gute Sprachkenntnisse verfügen. Der Sprachstand muss daher schon im Kindergarten erhoben werden. Das ist die Voraussetzung für gezielte Hilfsmaßnahmen.

Wir brauchen daher in Rheinland-Pfalz verpflichtende und aussagekräftige Sprachstandserhebungen im Alter von vier Jahren. Nur dann haben wir ausreichend Zeit, um auf bestehende Sprachdefizite mit gezielten Hilfen reagieren zu können.

Anrede,

Neben die gesundheitliche Vorsorge tritt dieses Jahr noch mehr die Schaffung bestmöglicher, digitaler Voraussetzungen für Lehrkräfte und Schüler im Falle erneuter Schulschließungen, Wechsel- oder Fernunterricht. Denn wir müssen auch für das kommende Schuljahr 2022/2023 bestmöglich gewappnet sein.

Corona hat nur allzu deutlich offengelegt, wie sehr es die Landesregierung versäumte, für eine zeitgemäße digitale Ausstattung an Schulen und moderne pädagogische Konzepte zu sorgen! Teilweise gibt es große Lernrückstände, die Bildungsschere hat sich weiter geöffnet. Manche Kinder belastet die Pandemie-Zeit auch psychisch.

Anrede,

letzten Endes geht es doch vor allem um Bildungsgerechtigkeit für die, die in der Pandemie auf so vieles verzichten mussten. Es geht darum, unseren Kindern und Jugendlichen gute Start- und Lebenschancen zu sichern.

Wir setzen uns als CDU-Fraktion dafür ein. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen. Ein wichtiges Anliegen ist uns der Ausbau der Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz. Politik, Verwaltung, Lehrerverbände und Eltern fordern dies seit langer Zeit einhellig. Eine ausreichende und qualifizierte Schulsozialarbeit in allen Schulen ist unerlässlich. Die Mittel, Frau Hubig, die Sie für Schulsozialarbeit in unserem Bundesland zu Verfügung stellen reichen nicht aus, um den Bedarf auch nur ansatzweise zu decken. Schulsozialarbeit ist an allen Schularten notwendig, sowohl im städtischen wie im ländlichen Bereich.

Deshalb verlangt die CDU: Die Zahl der Sozialarbeiter im Land muss sich verdoppeln. 1 Schulsozialarbeiter (Vollzeitäquivalent) soll aus unserer Sicht für 500 Schülerinnen und Schüler zuständig sein. Aktuell betreut 1 Schulsozialarbeiter im Land 1000 Schülerinnen und Schüler. Die Schulsozialarbeit ist aktuell ein wichtiges Handlungsfeld, in dem das Land zu wenig die Schulen und kommunalen Träger vor Ort unterstützt.

Beispielsweise werden für Grundschulen und Gymnasien keine Zuschüsse für die Schulsozialarbeit gewährt. Wir wollen, dass in allen Schulen Schulsozialarbeit unterstützt wird! Andere Bundesländer zeigen den Weg: Das Land Hessen hat, ausgehend von einer ohnehin höheren Basis, allein im Jahr 2018 zusätzliche 700 Stellen für die Schulen direkt zugeordnete Schulsozialarbeiter geschaffen.

## Gesundheit

### Anrede

bei allen Themen, die die Nachrichtenlage in den letzten Wochen bestimmen, bei allem, was uns in dieser Woche beschäftigt, müssen wir doch eines festhalten: Corona ist nicht besiegt – und im Gesundheitswesen werden Beschäftigte noch länger am Limit arbeiten.

Fachkräftemangel in Krankenhäusern, Praxen und Pflegeeinrichtungen – die Pandemie ist das vielzitierte Brennglas, das uns zahlreiche Probleme in diesem System, in dieser kritischen Infrastruktur, noch deutlicher vor Augen führt

Lassen Sie mich eins klar sagen: Die Menschen, die unser Gesundheitssystem tragen, Tag für Tag gegen die Pandemie kämpfen und unermüdlich weitermachen, diese Menschen leisten Großartiges! Von der Pflegeschülerin über die medizinischen Fachangestellten bis hin zu den Chefärztinnen und -ärzten - herzlichen Dank dafür!

Ich möchte mich heute auf einen ganz bestimmten Aspekt konzentrieren: Die Ausbildung von Medizinern. Denn: Wer ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem will, muss ausreichend Ärztinnen und Ärzte ausbilden! In der Analyse sind wir uns hier weitgehend einig: Uns fehlt es an ärztlichem Nachwuchs, am meisten an Hausärztinnen und Hausärzten im ländlichen Raum. Über 40% sind 60 Jahre und älter und scheiden in den nächsten Jahren aus.

Die Landesregierung suggeriert, dass wir ja genügend Ärzte hätten, man müsse diese nur entsprechend verteilen und für eine Tätigkeit im ländlichen Raum begeistern: „Die Studienkapazitäten der Universitätsmedizin Mainz lassen sich [...] nicht mehr weiter steigern“, so Ihre Antwort auf eine Große Anfrage der CDU. Doch es fehlen nicht nur niedergelassene Ärzte. Aus einer anderen Großen Anfrage wissen wir, auch im stationären Bereich fehlen in den nächsten Jahren 1000 Stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, was wollen Sie denn da groß umverteilen? Damit ist es doch nicht getan! Der Versorgungsbedarf in unserer alternden Gesellschaft steigt. Gleichzeitig aber auch brauchen wir durch neue Teilzeit-Arbeitsmodelle mehr Köpfe für dieselbe Versorgungsleistung im System, müssen wir folglich mehr Köpfe ausbilden. Die Kassenärztliche Vereinigung, die Landesärztekammer, (die Grünen RLP in ihrem Wahlprogramm 2021) – sie alle sprechen sich für eine Erhöhung der Medizinstudienplätze aus.

Anrede

auch wir sehen den Ausbau der Studienkapazitäten im Bereich der Humanmedizin als die Zukunftsherausforderung im medizinische Bereich an.

Gesundheitsminister Hoch und die Landesregierung loben sich selbst dafür, die Anzahl der Studienplätze bereits um 15% erhöht zu haben. Was für eine großartige Leistung! Immerhin – damit sind wir wieder auf demselben Stand wie vor 20 Jahren! Frei nach dem Motto: Volle Kraft “Zurück in die Zukunft”! Unsere Forderung steht: Weitere 200 Medizinstudienplätze pro Jahr!

Andere Bundesländer haben ihre Verantwortung erkannt und investieren längst konsequent in die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Als Beispiel sei hier Sachsen genannt: Der Freistaat hat wie Rheinland-Pfalz etwa 4 Millionen Einwohner, besitzt aber 2 medizinische Fakultäten, zusätzlich gibt es seit dem Wintersemester 2020 einen Modellstudiengang in Chemnitz und erst im September 2021 wurde beschlossen, die Anzahl der Studienplätze noch einmal um 90 zu erhöhen auf jährlich 615 für Erstsemester.

Herr Minister Hoch,

Mainz mag der drittgrößte Ausbildungsstandort für Humanmedizin in Deutschland sein, aber andere, vergleichbar große Bundesländer, haben eben nicht nur eine medizinische Fakultät, sondern mehrere. Zumal in Mainz jetzt schon die Belastungsgrenzen überschritten sind! Wenn die Ausbildungskapazitäten in Mainz nicht erhöht werden können, braucht es einen weiteren Standort, der diese Studienplätze bereitstellen kann.

Gemessen an unserer Bevölkerungsgröße, vor allem aber auch am Bedarf, ist eine zweite medizinische Fakultät kein Luxus, sondern nur folgerichtig! Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Fachkräfte anderswo ausgebildet werden und dann zu uns kommen, wir müssen unseren Teil zur Sicherung der Fachkräfte von morgen schon selbst beitragen!

Herr Minister Hoch,

bilden Sie mehr Medizinerinnen und Mediziner in Rheinland-Pfalz aus!

Investitionen

Anrede,

wer über Zukunft spricht muss über Investitionen reden. Wenn wir auch in den nächsten Jahren in Wohlstand leben wollen, dann müssen wir

- unsere Hochschulen gut ausstatten,
- Straßen, Brücken und Radwegen leistungsfähig ausbauen,
- In konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz investieren

All das ist mit Ihrem Haushaltsentwurf nicht möglich.

Mit diesem Entwurf bleibt Rheinland-Pfalz mit seiner Investitionsquote

- auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer
- auf dem letzten Platz der Flächenländer
- 50% schlechter als der bundesdeutsche Durchschnitt.

Anrede,

in diesem Haushalt der Landesregierung steckt zu wenig Zukunft!

Die CDU-Fraktion schlägt deshalb ein Sonderprogramm für Investitionen, die „Zukunftsmilliarde für Rheinland-Pfalz“ vor. In den nächsten fünf Jahren soll diese große Summe mobilisiert werden, um den Investitionsstau überall im Land Stück für Stück abzubauen. Wir werben dafür, dass wir diesen Kraftakt als Land gemeinsam stemmen. Für uns gibt es drei Schwerpunkte:

Erstens, unsere Hochschulen.

An den Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Universitäten entscheidet sich Zukunft unseres Landes. Sie bilden unsere Kinder aus, sie schaffen Wissen. Deshalb fordere ich sie dazu auf, lassen Sie uns gemeinsam mehr in die Universitäten und Hochschulen investieren. Das ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Zweitens, unsere Infrastruktur.

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit hoher Exportquote und vielen Pendlerinnen und Pendlern. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale Grundlage für den Erfolg der Wirtschaft und für die Mobilität der Menschen. Dieser Aufgabe ist die Landesregierung seit Jahren nicht gewachsen. Bis heute schiebt sie einen Sanierungsstau von 1 Milliarde Euro bei den Landesstraßen vor sich her. Auch das wollen wir als CDU-Fraktion nicht hinnehmen. Wir brauchen Straßen ohne Schlaglöcher, stabile Brücken und sichere Radwege. Ein ausreichendes Budget für große, ambitionierte Radwegeprojekte? Fehlanzeige!

Aber immerhin sollen beim Landesbetrieb Mobilität für den Radwegebau 23 Stellen zusätzlich geschaffen werden. Ich frage mich: Was sollen diese Mitarbeiter ohne Budget den ganzen Tag machen? Fahrradsymbole auf den Asphalt zu pinseln, ist kein Radwegeneubau und bringt Radfahrern keine zusätzliche Sicherheit!

Drittens: Klimaschutz.

Wir als CDU wollen nicht nur über Klimaschutz reden und große Ziele verkünden. Wir wollen konkrete Handlungen. Heißt für uns: Eine Solaranlage auf jedes Dach eines Landesgebäudes. Es gibt rund 2000 Gebäude, die der Landesverwaltung unterstehen. Und wissen Sie, auf wie vielen von diesen Gebäuden sich eine Photovoltaik-Anlage befindet? Auf 82 Gebäuden – 82 von 2000. Ist das Ihr Anspruch?

Weitere Anträge

Anrede,

in jeder Haushaltsrede gibt es Themenfelder, die man nur anreißen kann. All diese Aspekte sind dennoch nicht weniger wichtig.

- In dieser unsicheren Zeit halten Vereine und Ehrenamt unsere Gesellschaft zusammen. Ein ernst gemeintes Förderprogramm für Vereine darf aber die Rücklagen nicht angreifen. Wir bleiben deshalb bei unserer Forderung: Für jedes aktive Vereinsmitglied braucht es 15,00 Euro vom Land und für jedes jugendliche aktive Mitglied 20,00 Euro.
- Auch in der Sozialpolitik sehen wir Luft nach oben. Die CDU-Fraktion wirbt dafür, Wohlfahrtsverbände besser auszustatten, ein Landesgehörlosengeld einzuführen, Taubblinde zu unterstützen und die Situation in der Pflege zu verbessern.

- Die CDU-Fraktion bringt konstruktive Vorschläge ein, wie man mit neuen Ideen Digitalpolitik gestalten statt nur umstrukturieren kann. Herr Minister Schweitzer, ermöglichen Sie Mobilfunkmasten auf öffentlichen Gebäuden, eine bessere Unterstützung der Kommunen beim Breitbandausbau und ein Förderprogramm „Women Go Digital“, das speziell Mädchen und Frauen für die IT begeistert.
- Wir stehen zur dualen Ausbildung! Berufsschulen müssen besser ausgestattet, das Handwerk präsenter in den Schulen und Kurzpraktika bezahlt werden. Und natürlich müssen Meister und Master gleichermaßen kostenlos sein.
- Wir wollen es jungen Menschen und Familien in Rheinland-Pfalz leichter machen, Wohneigentum zu erwerben. Wir schlagen ein Förderprogramm und die Befreiung von der Grunderwerbsteuer bei der ersten eigenen Wohnimmobilie vor.
- Rheinland-Pfalz braucht ein Kulturförderungsgesetz, damit die Kulturschaffenden klar, transparent, nachvollziehbar und vor allem mit Planungssicherheit gefördert werden.
- Wohlstand entsteht durch Wissen. Seit eineinhalb Jahren fordern wir eine Wasserstoffstudie und einen Lehrstuhl für Wasserstoff. Diesen braucht es für diese Zukunftstechnologie mehr denn je. Deshalb beantragen wir den Lehrstuhl dieses Mal erneut.
- Weiterhin muss dringend im Bereich der Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien mehr Geld ausgegeben werden. Niedersachsen gibt 100 Mal so viel in Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbare Energien aus wie RLP. 100 Mal! Das müssen und wollen wir schleunigst ändern.
- Den Kommunen in Rheinland-Pfalz fehlen jedes Jahr mindestens 300 Mio. Euro. Aufgrund des verfassungswidrigen Kommunalen Finanzausgleichs verschulden sich viele unsere Städte und Dörfer Jahr für Jahr weiter und sie können nicht länger darauf warten, dass das Land die Kommunalfinanzen neu ordnet. Wir müssen sofort helfen und dafür sorgen, dass unseren Kommunen mehr Luft für freiwillige Leistungen und neue Investitionen bleibt. Wir schließen daher die Lücke und sichern mit zusätzlichen 300 Mio. Euro die Daseinsvorsorge bei den Menschen vor Ort.

Ob während der Belastungen im Corona-Alltag, den schweren Wochen der Flutkatastrophe im Ahrtal oder jetzt bei der Flüchtlingshilfe – die Zeiten der Not haben das Beste hervorgebracht, was unsere Gesellschaft leisten kann: Gelebten Zusammenhalt, eine unglaubliche Solidarität und Verantwortung füreinander.

Anrede,

wir haben bisher – im weltweiten Vergleich – in großem Wohlstand gelebt. Dass dies so bleibt, ist alles andere als ausgemacht. Was bedeutet die Zeitenwende für unser Wohlstandsniveau in Rheinland-Pfalz? Welcher und wieviel Wohlstand geht noch in den nächsten Jahren?

Anrede,

auf Dauer wird es nicht gut gehen, alle Schwierigkeiten mit Geld und Schulden zuschütten. Unsere Kinder zahlen das doppelt und dreifach zurück. Mit Belastungen umgehen – darf nicht auf Dauer heißen, alle Belastungen in die Zukunft abzuwälzen und alle Folgen von Krisen mit Geld ausgleichen. Die Entlastungen heute, um Härten auszugleichen – sind die morgen Belastungen und Härten, mit denen unsere Kinder und Enkelkinder zu kämpfen haben. Wieviel können wir Ihnen aufbürden?

Der Staat – und damit schließe ich den Bogen zum Anfang der Rede – steht vor einem Prozess der Rückbesinnung auf seine Kernaufgaben. Wir müssen uns konzentrieren, damit wir einen starken Staat dort, auf den Feldern haben, wo wir den Staat auch wirklich brauchen. Die Zeitenwende erfordert neue Antworten.

Und erst heute Morgen haben wir sehen können, welchen Unsicherheiten und Risiken der Haushalt ausgesetzt ist. Die Bundesregierung hat heute Morgen die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Was bedeutet das für unser Land? Welche Engpässe verbinden sich damit für die Industrie? Welche Folgen hat das für Arbeitsplätze, für Konsum und – mittelbar für den Landeshaushalt.

Wir als Gesetzgeber sind jetzt gefordert, Vorsorge zu treffen.